

Deutsche Allgemeine Zeitung.

Donnerstag,

14. November 1878.

Inserate

Rab an die Exposition in
Leipzig zu haben.Inseritionsgebühr
für die Spaltenzeile 10 M.
unter Einzelmaße 20 Pf.

• Wahrheit und Recht, Freiheit und Gesetz! •

Telegraphische Depeschen.

Budapest, 12. Nov. abends. Baron Bodianer ist, wie die Peßler Correspondenz meldet, nach Wien zurückgekehrt, nachdem er eine principielle Einigung mit der Regierung wegen der Bedeckung des Restbedarfs pro 1878 erzielt hat. Derselbe werde jedoch in der nächsten Woche wieder in Budapest erwarten, um den definitiven Abschluss des großen Anleihegeschäfts mit der Rothschild'schen Gruppe auch formell zu effectuiren, da bis zum 24. oder 25. Nov. der Wiedereinnahme des rekonstruierten Cabinets Liszt entgegengesehen werde und somit das einzige Hindernis beseitigt wäre, welches dem Perfectwerden der Abmachung im Wege steht.

Gens, 11. Nov. abends. Bei den Wahlen für den hiesigen Großen Rath haben die Demokraten einen vollständigen Sieg über die Regierungspartei davongetragen. Von den Candidaten der letzten wurde nur Cartet und zwar in vorlechter Stelle gewählt, die übrigen 109 Gewählten gehörten sämtlich zu den von den Demokraten aufgestellten Candidaten.

Rom, 12. Nov. Der Minister Pessina hat gestern den Eid auf die Verfassung abgelegt.

Madrid, 12. Nov. Die marokkanische Regierung hat der spanischen Regierung die Mitteilung gemacht, daß sie den Familien der ermordeten spanischen Unterthanen eine Geldentschädigung zahlen und der spanischen Flagge Genugthuung verschaffen werde.

Paris, 11. Nov. Der Prinz Napoleon wird ein großes Journal erscheinen lassen, den Eclaireur, in welchem unter republikanischer Fahne bonapartistischer Socialismus getrieben werden wird. Politischer Director ist der Prinz selbst. («Poste.»)

Brüssel, 12. Nov. nachmittags. Der König hat heute Mittag die Kammer mit einer Thronrede eröffnet, in welcher zunächst hervorgehoben wird, daß sich in den Beziehungen Belgiens zu den übrigen Staaten in keiner Zeit ein so hoher Grad von Achtung und Bestrauen wie gerade gegenwärtig fundgegeben habe. Was die Unterrichtsfrage betreffe, so müsse der Unterricht, der auf Staatskosten ertheilt werde, auch unter die ausschließliche Leitung der Civilbehörden gestellt werden und die Mission verfolgen, der Jugend Achtung vor den freistmöglichen Institutionen des Landes einzuföhren. Mehrere hierauf bezügliche Vorlagen würden den Kammer unterbreitet werden. Die Organisation des Militärwesens sei bis jetzt unvollendet geblieben, die Regierung halte die Schaffung einer Nationalreserve für notwendig, auch müsse die Bürgergarde mit einer wirklichen Waffe ausgerüstet werden. Von der wirtschaftlichen Krise hoffe der König, daß dieselbe bald vorübergehen werde. Die Regierung sei mit der Untersuchung der Mittel beschäftigt, durch welche die durch die Krise herbeigeführten Leiden gemindert wer-

den können, die öffentlichen Arbeiten seien mit aller Kraft gefördert worden. Das Gleichgewicht im Staatshaushalte habe aufgehoben ein gesichertes zu sein, und auch das gegenwärtige Budget präsentire sich unter kaum günstigeren Aussichten. Überdies habe der Staatschatz auch sehr beträchtliche Verpflichtungen eingegangen, es sei notwendig, auch in dieser Beziehung Vorsorge zu treffen. Endlich werde die Regierung auch in Betreff einer Verbesserung der Wahlgesetzgebung den Kammer mehrere Vorlagen unterbreiten.

Wien, 12. Nov. abends. Meldungen der Politischen Correspondenz. Aus Konstantinopel vom 12. Nov.: „Die internationale Commission für Rumelien hat einen Antrag des österreichischen Delegirten angenommen, nach welchem die in Konstantinopel accrediteden Botschafter der Großmächte die auf die Repatriirung der mohammedanischen Flüchtlinge betreffenden Maßregeln berathen und die internationale Commission ihre diesbezüglichen Beschlüsse durchführen solle. — Die Pforte hat an den russischen Botschafter Fürsten Lobanow neuerdings eine Reclamation gerichtet wegen der 150 türkischen Soldaten, welche bei den jüngsten Kämpfen von bulgarischen Insurgenten gefangen genommen wurden und später den russischen Truppen übergeben sein sollten. Die Pforte verlangt die Freilassung dieser Soldaten und wird hierin von dem englischen Botschafter Layard unterstützt. — Die Ernennung Midhat-Pascha's zum Gouverneur von Syrien wird hier als ein Triumph des Einflusses Layard's im Palais des Sultans angesehen und mit der Frage wegen der Vermählung der englischen Reformvorschläge in Zusammenhang gebracht.“ — Aus Athen vom 12. Nov.: „Infolge eines Compromisses zwischen Comanduros und der Oppositionspartei der Kammer brachte erstere einen Gesetzentwurf ein, nach welchem die griechische Armee um weitere 20000 Mann vermehrt wird. Die Vermehrung soll theils durch Einstellung Freiwilliger, theils durch eine Recanisation der Nationalgarde zeitigen.“ — Aus Belgrad: „Karl Milos hat heute die Ernennung des bisherigen serbischen Agenten in Wien, Jolicic, zum Gesandten Serbiens am wiener Hof vollzogen. Jolicic geht in den nächsten Tagen nach Budapest, um dem Kaiser sein Beglaubigungsschreiben zu überreichen.“

Hamburg, 11. Nov. Mit Recht ist vielfach darauf hingewiesen worden, daß eine Hauptgefahr des Socialistengesetzes in der durch dasselbe begünstigten Meinung, nun werde sich alles Weitere von selbst machen, gesucht werden müsse. Hat es doch ohnehin der außerordentlichsten Ereignisse bedürft, um dem deutschen Publikum den Nachweis von einer hier vorhandenen ernstlichen Gefahr zu führen, und ist man doch zu allem Überfluß in Deutschland von Haus aus dazu disponirt, der Polizei eine sehr weitgehende

Eine Warnung.

Hamburg, 11. Nov. Mit Recht ist vielfach darauf hingewiesen worden, daß eine Hauptgefahr des Socialistengesetzes in der durch dasselbe begünstigten Meinung, nun werde sich alles Weitere von selbst machen, gesucht werden müsse. Hat es doch ohnehin der außerordentlichsten Ereignisse bedürft, um dem deutschen Publikum den Nachweis von einer hier vorhandenen ernstlichen Gefahr zu führen, und ist man doch zu allem Überfluß in Deutschland von Haus aus dazu disponirt, der Polizei eine sehr weitgehende

Befähigung zuguttrauen. So liegt denn die Befürchtung in der That sehr nahe, daß die Freude an dem Betrieb und der energischen Handhabung des Socialistengesetzes sehr bald den Gedanken, daß die Gefahr in ihrem eigentlichen Wesen trotz dieses Gesetzes vorhanden sei und bleibe, zurückdrängen und die Meinung zu einer weitverbreiteten machen werde, jetzt sei von diesem Gegner unsres Staatslebens und unserer Kultur nichts weiter zu befürchten. Wenn nun aber gar die Presse in diesen nur allzu sehr von dem ruhbedürftigen Publikum ersehnten Ton einstimmt, so gestaltet sich diese Befürchtung zu einer so ernstlichen und so wahrhaft bedrohlichen, daß es dringend notwendig erscheint, diesen Ton zu dämpfen. Es kann unmöglich zu guten Resultaten führen, wenn man sich trog aller Aufschüttungen jetzt abermals in Sicherheit wiegt und ruhig in den bisherigen Gleisen so lange fortgeht, bis eine nochmalige Aufrüttelung, schlimmer wahrscheinlich als alle bisherigen, sich einstellt.

Was uns zu dieser Betrachtung veranlaßt, ist das nachträgliche Frohlocken darüber, daß doch bei der letzten Reichstagswahl die Zahl der socialdemokratischen Stimmen von 480000 auf 415000 zurückgegangen sei, und die hieran geknüpfte Bemerkung: „da sehe man doch, daß das deutsche Volk sich von diesen Lehren abzuwenden beginne“. Rufe man sich doch einmal die Lage zur Zeit der Reichstagsauflösung ins Gedächtnis zurück! Damals wurde allgemein die Ansicht laut, bei dieser Wahl dürfe kein socialdemokratischer Kandidat durchdringen, und sicherlich war hierbei nicht allein die Hoffnung maßgebend, daß die nichtsocialdemokratischen Wähler in reichlicher Maße als sonst ihre Pflicht thun würden, sondern auch die weitere, daß viele socialdemokratische Wähler bei einem so außerordentlichen Anlaß von der als verbrecherisch und staatsfeindlich gebrandmarkten Partei zurücktreten würden. Nun ist Folgendes zu bedenken. Die Socialdemokraten konzentrierten sich diesmal auf eine bestimmte Anzahl von Bezirken; sie mußten dies schon nun beabsinnen thun, weil die Auflösung inmitten der Periode sie pecuniär viel härter traf als die andern Parteien. Im übrigen ging die Agitation allerdings ihren Gang, aber es liegt doch in der Natur der Dinge, daß sie diesmal nicht so voll herauskam wie sonst wol, und daß die Gegenagitation ihr auf vielen Punkten selbst ein für sicher gehaltes Terrain streitig mache. Dies waren die Umstände, unter denen die socialdemokratische Wählerschaft im ganzen von 480000 auf 415000 zurückging, während sie in Berlin und Hamburg, also den Mittelpunkten des socialdemokratischen Parteilebens, einen mächtigen Zuwachs zu verzeichnen hatte. Und über ein solches Resultat will man Jubelhymnen anstimmen? Es soll eine „Abwendung des Volkes von der Socialdemokratie“ beweisen, daß es doch überhaupt noch Umstände gibt, welche kräftig genug sind, um einmal einen Rückgang in den derselben zufallenden Stimmenzahlen herbeizuführen.

Zum Untergang des Großen Kurfürsten.

Die Tribüne berichtet aus Berlin vom 11. Nov.: „Die Vertreter der Sammelstellen für die Hinterbliebenen der beim Untergange des Panzerchiffes Großer Kurfürst Verunglückten traten am Freitag unter dem Vorstehe des Obertribunalrats v. Holleben zusammen, um den Entwurf zu einem Vertheilungsplane der Gaben zu berathen. Der vorgelegte Vertheilungsplan, der im großen und ganzen genehmigt wurde, hat folgende Grundzüge: Auf dem Großen Kurfürsten sind 269 Personen untergegangen, deren Hinterbliebene aus den angestellten Sammlungen zu unterstützen sein würden. Es kommen indes hierbei nicht ja Betracht 48 Personen, theils weil keine Hinterbliebene vorhanden, theils weil diese nicht unterstützungsbefähigt sind oder durch die ihnen von der Marinestiftung Frauengabe überwiesenen Gelder bereits genügende Unterstützung gefunden haben. Mindest ist nur die Unterstützungsbefähigkeit von 226 Personen zu prüfen, und es würden nach den angestellten Ermittlungen 70 Personen mit einmaligen und 156 Personen mit fortlaufenden Unterstützungen zu bedenken sein. Von den Hinterbliebenen dieser 156 Personen sollen an erster Stelle die Ehefrauen und Kinder bedacht werden, welche in den Verunglückten den Gatten und Vater verloren haben. Es sind dies 13 Witwen mit 13 Kindern, die aber sämtlich von der Stiftung Frauengabe bereits mit Gaben von 1400—2000 M. pro Kopf bedacht sind, und von denen 12 aus Staatsfonds Jahrespensionen und Erziehungsgeldern erhalten. Abgesehen von diesen 13 Witwen und 13 Kindern

würden noch die Hinterbliebenen von 143 Personen bleiben, welche als hilfsbedürftig, resp. arbeitsunfähig von den Verunglückten unterstützt wurden, und denen deshalb nicht eine einmalige, sondern eine dauernde Unterstützung auszureichen ist. Diesem Bedürfnisse gegenüber steht ein disponibler Fonds von circa 340000 M., der durch die Sammlungen des deutschen Centralcomitè, der Hilfscomitè zu Hamburg, Bremen, Wilhelmshaven, Kiel, Oldenburg, der Teilisten der Kaufmannschaft und verschiedener Zeitungen zusammengebracht ist. Rechnet man von dieser Summe 13600 M. ab, die als einmalige Unterstützungen in Höhe von je 300 bis zu 100 M. an die oben-nameden, von der Frauengabe mit gleichen Summen bereits verschenken 70 Personen ausgeworfen sind, so bleibt disponibel eine Summe von circa 326400 M. Füllt jede der 13 Waisen soll eine Summe von 3000 M. reservirt werden, um ihnen dieselbe bei ihrer Verheirathung resp. erlangter Mündigkeit auszuzahlen. Von dem disponiblen Fonds gehen somit nochmals 39000 M. ab, sodass alsdann noch circa 287400 M. vorhanden sind für die Zwecke dauernder Unterstützung, wobei jedoch die Binsen jener 39000 M. dem Kapital noch viele Jahre hindurch zugute kommen. Für die Witwen ist nun eine Jahrespension von je 300 M., für die Witwe des Maschinisten Rätz, die eine Jahrespension nicht bezahlt, dagegen eine solche von 1200 M. ausgesetzt, und für die übrigen dauernd zu Unterstützenden sind Jahresbeträge angenommen, welche einen Durchschnittsatz von 125 M. pro Jahr ergeben. Nach diesem Modus würde eine regelmäßig wiederkehrende Gesamtjahresausgabe von 23500 M.

entstehen, sodass aus dem Kapitalfonds inclusive Binsen die Jahrespensionen etwa 14 Jahre lang wieder ausgezahlt werden können. Diese Zeitbauer dürfte sich indeß wesentlich verlängern, da eine große Zahl der zu Unterstützenden sich bereits in sehr hohem Lebensalter befindet.

Historisch mag noch bemerket sein, daß die Marinestiftung Frauengabe ihrerseits bisher 89000 M. an einmaligen Unterstützungen verausgabt hat und zu gleichen Zwecken noch circa 70—80000 M. disponibel hat. Der Vertheilungsplan wurde, wie gesagt, in der Conferenz genehmigt und zugleich beschlossen, unter dem Titel „Marinestiftung 1878“ eine Stiftung zur Verwaltung des Stiftsvermögens zu begründen. In den Vorstand wurden gewählt: die Herren Obertribunalrat v. Holleben als Vorsitzender, Ruperti (Hamburg), v. Winterfeld (Wilhelmshaven), Consul Meier (Bremen), Intendanturrat Domhardt, Württembergischer Gesandter Baron v. Spiegelberg, Serbel (Kiel), Stadtverordneter Kochann, Rudolf Mosse, Dr. Pincus und Regierungsrath Haf (Berlin). Den geschäftsführenden Ausschuss bilden die Herren Regierungsrath Haf, Stadtverordneter Kochann, Commerzienrat Schwabach, Dr. Friedrich Rapp und Ministerresident Dr. Krüger.“

Leipziger Stadttheater.

B-sch. Leipzig, 10. Nov. Wie alljährlich, so beginnt auch diesmal das Stadttheater Schiller's Geburtstag durch eine Festfeier, und zwar durch Aufführung der „Jungfrau von Orleans“. Der Vor-